

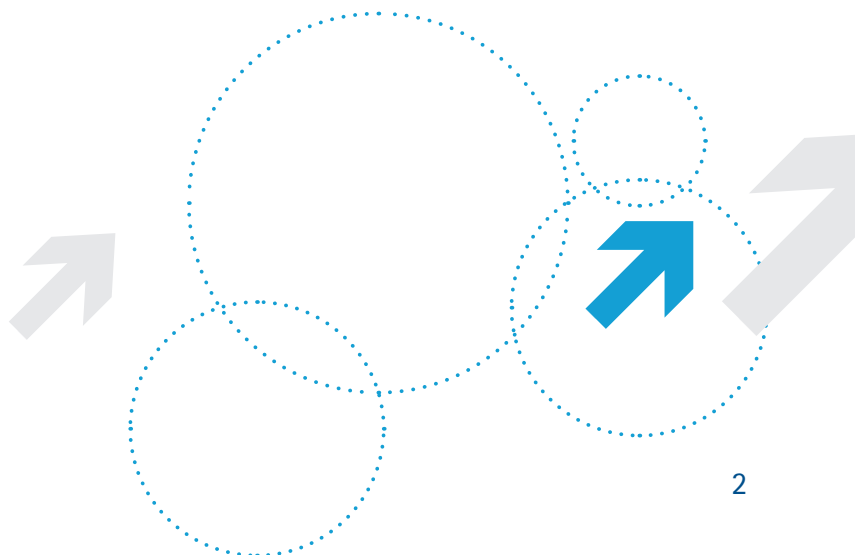


Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit des Standorts

Regionalpolitische Positionen | IHK Südlicher Oberrhein

Inhalt

Prolog	3
Unternehmertum	8
Gründung, Unternehmertum und Nachfolge	9
Wirtschaftsstandort	10
Steuern und Abgaben	11
Innenstädte	12
Fläche	13
Wohnen	14
Verkehrsinfrastruktur	15
Digitale Infrastruktur	17
Energie und Klimaschutz	18
Energieversorgung	19
Klimaschutz	20
Fachkräfte	21
Duale Ausbildung	22
Arbeitsmarktpolitik	24
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	26
Verflechtung leben	27





Prolog



Ehrbares Handeln

Die Bedeutung der ehrbaren Kaufleute wurzelt in den Anfängen der IHK-Organisation. Bis heute behält dieses Leitbild seine hohe Relevanz und dient als Fundament für unternehmerisches Handeln. Aus diesem Grund gehört es nach wie vor zu den gesetzlichen Kernaufgaben der Industrie- und Handelskammern,

„für die Wahrung von Anstand und Sitte der ehrbaren Kaufleute, einschließlich deren sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung zu wirken“.

(IHK-Gesetz §1, Abs. 3)

Die IHK Südlicher Oberrhein hat sich zum Ziel gesetzt, den Auftrag des ehrbaren Handelns zeitgemäß zu interpretieren. Dies entspricht dem Verständnis moderner, verantwortungsbewusster Unternehmerinnen und Unternehmer, die die langfristigen Auswirkungen ihrer Entscheidungen für ihr Unternehmen und darüber hinaus bedenken und Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Gerade in Zeiten globaler Herausforderungen bietet das Leitbild der ehrbaren Kaufleute eine unverzichtbare Orientierung für nachhaltiges und verantwortungsvolles Unternehmertum.

Die IHK Südlicher Oberrhein sowie die Mitglieder in den ehrenamtlichen Gremien des Präsidiums, der Vollversammlung und der Fachausschüsse bekennen sich zu folgenden Leitsätzen und Werten:

1. Das unternehmerische Handeln ist geprägt von Zuverlässigkeit, Verbindlichkeit, Vertrauen und Glaubwürdigkeit sowie Respekt und Fairness.

Auf diesen Werten basiert das wirtschaftliche und gesellschaftliche Miteinander. Nur durch Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit kann partnerschaftlich erfolgreich und langfristig gewirtschaftet werden.

2. Unternehmerinnen und Unternehmer übernehmen Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens und bekennen sich zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit in ihrem unternehmerischen Handeln.

Ökonomische Nachhaltigkeit:

Unternehmen übernehmen Verantwortung entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungskette. Insbesondere durch gesetzgeberische Vorgaben wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sind sie aufgerufen, ihre Wertschöpfungs- und Lieferketten im Sinne des verantwortungsbewussten Handelns zu analysieren und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Lieferanten und Kunden sowie die Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen spielen hier eine entscheidende Rolle.

Ökologische Nachhaltigkeit:

Angesichts des globalen Klimawandels ist es für Unternehmen unerlässlich, ihren Beitrag zu leisten. Dies umfasst Maßnahmen wie Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz sowie die Förderung eines nachhaltigen betrieblichen Mobilitätsmanagements.

Soziale Nachhaltigkeit:

Die Verantwortung für die Mitarbeitenden am Arbeitsplatz ist – auch angesichts des Fachkräftemangels – eine stetige Herausforderung. Unternehmen müssen sich auf gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und eine stimmige Unternehmenskultur konzentrieren. Investitionen in Aus- und Weiterbildung sind dabei entscheidend, ebenso wie die Förderung von ethischem Handeln in allen Unternehmensbereichen.

Nachhaltigkeitsberichterstattung:

Vor dem Hintergrund der bestehenden Gesetzgebung gewinnt die transparente Berichterstattung über Nachhaltigkeitsmaßnahmen zunehmend an Bedeutung. Dies betrifft nicht nur größere Unternehmen, sondern auch kleinere Firmen, insbesondere im Kontext von Finanzierungsfragen und Corporate Social Responsibility (CSR).

3. Unternehmerinnen und Unternehmer stehen mitten in der Gesellschaft und sind sich dieser Verantwortung bewusst.

Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle bei der Pflege des Gemeinwohls in unserer Gesellschaft. Sie tragen durch Steuerzahlungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei, schaffen Wohlstand und Arbeitsplätze und sind Orte des sozialen Austauschs. Darüber hinaus tragen sie eine soziale Verantwortung, indem sie sich aktiv für lokale Gemeinschaften engagieren und gesellschaftliche Herausforderungen mitgestalten.

Die Anerkennung und Förderung von Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz ist dabei von zentraler Bedeutung. Unternehmen sollten sich für Chancengleichheit einsetzen und eine integrative Unternehmenskultur fördern, die auf Respekt und Offenheit basiert. Durch ihr Engagement in der Gesellschaft tragen Unternehmerinnen und Unternehmer maßgeblich zur Stabilität und Entwicklung unserer Gemeinschaften bei und stärken das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wirtschaft als Partner im gesellschaftlichen Fortschritt.

Für die IHK-Organisation nimmt das Leitbild der ehrbaren Kaufleute eine zentrale Rolle bei der Förderung verantwortlichen und nachhaltigen Wirtschaftens ein. Die IHK Südlicher Oberrhein verpflichtet sich dazu, Unternehmen durch gezielte Unterstützung und Förderung in ihrer Region zu stärken. Dies geschieht beispielsweise durch Weiterbildungsangebote, individuelle Beratung und die Bündelung von Interessen zur Gestaltung regionaler Rahmenbedingungen durch Politik und Verwaltung.

In diesem Zusammenhang bekennt sich die IHK Südlicher Oberrhein zu folgenden Leitsätzen:**Für die Wirtschaft:**

Wir bieten umfassende Beratungs- und Informationsdienste für Unternehmen an und vertreten deren Interessen gegenüber der Politik.

Für die Region:

Wir leben unseren ganzheitlichen Auftrag und streben eine nachhaltige Entwicklung für unsere Region und darüber hinaus an.

Für die Zukunft:

Wir setzen Impulse für einen wirtschaftlichen Fortschritt, der das Wohlergehen sowohl heutiger als auch zukünftiger Generationen fördert. Die Unternehmerinnen und Unternehmen der Region sowie die IHK Südlicher Oberrhein übernehmen gemeinsam Verantwortung für ein nachhaltiges Wirtschaften. Das Leitbild der ehrbaren Kaufleute prägt die Grundausrichtung und die tägliche Arbeit sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt der IHK Südlicher Oberrhein.

Aus dieser Verantwortung heraus wurden die vorliegenden regionalpolitischen Positionen erstellt. Sie spiegeln die Rahmenbedingungen wider, die für ein ehrbares, verantwortungsbewusstes und nachhaltiges Handeln der Unternehmerinnen und Unternehmer in unserer Region heute und in Zukunft von Bedeutung sind.

Die Region Südlicher Oberrhein

Unsere Region, bestehend aus den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, dem Ortenaukreis und der Stadt Freiburg, gehört zu den dynamischsten und vielfältigsten Wirtschaftsregionen Deutschlands. Geographisch eingebettet zwischen der idyllischen und touristisch wertvollen Schwarzwaldlandschaft und der wirtschaftlich pulsierenden Rheinebene, vereint diese Region eine Fülle an wirtschaftlichen, kulturellen und landschaftlichen Vorzügen.

Die vergangenen Jahrzehnte haben der Region ein kontinuierliches Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum beschert, das überdurchschnittlich ausfiel und von einer breiten Palette mittelständischer Unternehmen getragen wird. Die Vielzahl an mittelständischen Unternehmen, darunter auch zahlreiche Hidden Champions, verleiht der Wirtschaftsstruktur ihre Robustheit und Diversität. Diese Unternehmen sind in unterschiedlichsten Branchen aktiv. Neben den mittelständischen Unternehmen profitiert die Region auch von den vielen erfolgreichen Einpersonen- und Kleinstunternehmen (EKU), die eine wesentliche Rolle in der regionalen Wirtschaft spielen. Die EKU sind demnach nicht nur quantitativ das Rückgrat der regionalen Wirtschaft, sondern sorgen in ihrer Diversität auch für eine lebendige und flexible Wirtschaft. Darüber hinaus stehen sie in der Region für Innovation, Gastfreundschaft und attraktive Innenstädte. Gerade für den Mittelstand und die vielen Kleinst- und Einzelunternehmen braucht es unseres Erachtens mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung in der Politik und Kommune sowie eine spürbare (bürokratische) Entlastung im unternehmerischen Alltag.

Ein herausragendes Merkmal der Region ist ihre außergewöhnliche Lebensqualität, die durch die einzigartige Natur- und Kulturlandschaft des Schwarzwalds geprägt ist. Der Schwarzwald mit seinen dichten Wäldern, malerischen Tälern und klaren Seen zieht nicht nur Touristen aus aller Welt an, sondern bildet auch eine bedeutende Wirtschaftsgrundlage als Tourismusdestination. Die Region gehört zu einem international geschätzten Ziel für Freizeitaktivitäten und Erholung. Neben der starken Wirtschaftsstruktur zeichnet sich der Südliche Oberrhein durch eine lebendige Wissenschaftslandschaft aus. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Innovationszentren spielen eine zentrale Rolle in der Förderung von Forschung und Entwicklung. Diese Institutionen sind eine wichtige Triebfeder für die dynamische Entwicklung in der Region.

Der Südliche Oberrhein strebt nachhaltiges Wirtschaften an, das sowohl ökonomische als auch ökologische und soziale Aspekte umfasst. Als Vorreiter in der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsregion setzt die Region Maßstäbe durch umweltfreundliche Praktiken, Ressourceneffizienz und soziale Verantwortung der Unternehmen. Dies schließt die Förderung von Umwelttechnologien, nachhaltigem Tourismus und sozial verträglichen Unternehmenspraktiken ein. Zudem braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Bürger:innen und politischen Entscheidungsträger:innen. Diese Kooperation gewährleistet, dass wirtschaftliches Wachstum im Einklang mit den Interessen der Bevölkerung und der Umwelt stattfindet.

Das anhaltende Wachstum der Region stellt jedoch auch Infrastruktur und Kommunen vor Herausforderungen. Die steigende Nachfrage nach Wohnraum, die Belastung der Verkehrswege und der Bedarf an Gewerbeflächen erfordern eine gezielte Infrastruktur- und Standortpolitik. Die Kommunen am südlichen Oberrhein setzen daher verstärkt auf wirtschaftsfreundliche Maßnahmen und Investitionen, um die Bedürfnisse von Unternehmen zu unterstützen und die Attraktivität der Region als Wirtschaftsstandort zu erhalten und auszubauen.

Die vorliegenden regionalpolitischen Positionen bilden den Rahmen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Region Südlicher Oberrhein. Sie umfassen Maßnahmen zur Stärkung der Infrastruktur, zur Förderung von Innovationen, den Abbau bürokratischer Hemmnisse und zur Unterstützung der Unternehmen in ihren verschiedenen Bedürfnissen.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der nachhaltigen Entwicklung, der Sicherung und Gewinnung von Fachkräften sowie der Förderung einer starken und diversifizierten Wirtschaftsstruktur. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass der Südliche Oberrhein auch in Zukunft ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bleibt, der den Bedürfnissen seiner Bewohner:innen und Unternehmen gleichermaßen gerecht wird.

Dafür setzen wir uns ein und sind die starke Stimme der gewerblichen Wirtschaft in unserer Region und artikulieren das Gesamtinteresse unserer mehr als 75.000 Mitgliedsunternehmen gegenüber den Entscheidern unseres Landes.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'E. Liebherr', with a stylized, flowing script.

Eberhard Liebherr
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Salomon', with a large, circular loop at the beginning and a horizontal line at the end.

Dr. Dieter Salomon
Hauptgeschäftsführer



Unternehmertum



Gründung, Unternehmertum und Nachfolge

Den Start und die Übergabe von Unternehmen erleichtern

Junge Unternehmen und Start-ups sind eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Region. Sie fördern den Wettbewerb, modernisieren die Wirtschaftsstruktur und schaffen Arbeitsplätze. Die Gründungsdynamik war jedoch zuletzt rückläufig. An Bedeutung zugenommen hat hingegen das regionale Start-up- und Innovations-Ökosystem, welches sich im Zusammenspiel von mittelständischen Betrieben, Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Wirtschaftsförderungen positiv entwickelt hat.

Die Gründer leiden in der Region allerdings an den gleichen Problemen wie im Rest des Landes. So bemängeln sie, dass sie durch Regulierungen und Steuern zu stark belastet werden. Aufwändige und kaum digitalisierte Genehmigungsverfahren, zahlreiche unterschiedliche Anlaufstellen sowie neue Berufszugangs- und -ausübungsregeln verzögern und erschweren häufig den Start von Unternehmen.

Zudem stellt die Unternehmensnachfolge für viele Betriebe am südlichen Oberrhein eine zentrale Herausforderung dar. Der demografische Wandel und die bevorstehenden Geschäftsaufgaben der Boomer-Generation führen dazu, dass zahlreiche Unternehmen vor der Frage stehen, wie die Nachfolge erfolgreich gestaltet werden kann. Dies betrifft sowohl kleine und mittelständische Betriebe als auch größere Unternehmen in der Region. Derzeit stehen im Bezirk der IHK Südlicher Oberrhein rund 2.000 im Handelsregister eingetragene Unternehmen (>10 Mitarbeitende) zur Nachfolge an, zusammen mit den kleineren Unternehmen ist es ein Vielfaches mehr. Auch die Unternehmensnachfolge ist eine Chance für potenzielle Gründer, die stärker in den Fokus rücken muss. Dazu müssen aber bürokratische Hürde abgebaut werden – denn die schrecken angehende Gründerinnen und Gründer oft ab und sind somit ein Hemmnis für die Unternehmensnachfolge.

Forderungen

- 1. Gründerzentren und Co-Working-Spaces stärken:** Eine wichtige Rolle beim Austausch zwischen Unternehmen, Gründer:innen, Innovator:innen und Kommunen spielen die regionalen Gründerzentren, Acceleratoren und Co-Working-Spaces in der Region. Diese sollten von kommunaler Seite weiterhin gestärkt und mit bestehenden Informations- und Beratungsangeboten der Wirtschaftsförderungen und Wirtschaftskammern vernetzt werden. Sie sind insbesondere für die vielen Einpersonen- und Kleinstunternehmen ein wichtiger Ort für den Austausch und die Vernetzung.
- 2. Vernetzung stärken:** Die bestehende Vernetzung der Akteure im Gründungs-, Start-up- und Innovationsgeschehen sowie mit kleinen Unternehmen muss erhalten und ausgebaut werden. Politik und Verwaltung sollten in die Netzwerke einsteigen und diese durch Schaffung von hilfreichen Rahmenbedingungen befördern und ausbauen. Ziel sollte sein, das Verständnis für unternehmerisches Handeln zu verbessern und die Wertschätzung für Unternehmertum in Politik und Verwaltung zu erhöhen.
- 3. Bürokratie für junge und kleine Unternehmen abbauen:** Kommunen sollten u. a. ihre digitalen Angebote und Genehmigungsverfahren für Unternehmer:innen und Gründer:innen ausbauen und weiterentwickeln. Dazu sollten bürokratische Prozesse und Dokumentationspflichten abgebaut und Ermessensspielräume besser genutzt werden.



Wirtschaftsstandort



Steuern und Abgaben

Unternehmen entlasten und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die Wirtschaftskraft und der Wohlstand unserer Region gründen auf der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmerschaft. Sie erwirtschaftet in hohem Maße die Finanzmittel, welche die Kommunen für eine funktionierende Infrastruktur benötigen. In diesem Zusammenspiel gelingen Investitionen in Breitband, Betreuung, Bildung, Wohnen oder Innenstädte. Diese Investitionen sind nötig, um auch künftig ein attraktiver Standort für Fachkräfte und Unternehmen zu sein.

Jedoch belasten zunehmende (kommunale) Steuererhöhungen unsere heimischen Unternehmen und verschärfen deren Wettbewerbssituation erheblich. Die gesamtwirtschaftliche Lage stellt die Betriebe bereits vor große Herausforderungen: gestiegene Inflation, Lohn- und Gehaltssteigerungen, Preissteigerungen bei Verbrauchs- und Investitionsgütern, hohen Energiekosten sowie Transformationsinvestitionen. Hinzu kommen hohe Steuerlasten und Abgaben, die dafür sorgen, dass der Standort Deutschland bei der Steuerbelastung der Unternehmen schon heute auf den oberen Rängen rangiert.

Die Erhöhung kommunaler Steuersätze wirkt sich somit unmittelbar auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus und verschlechtert die regionalen Rahmenbedingungen für weitere Investitionen erheblich. Ein Beispiel dafür ist die Grundsteuer, die mit dem Grundsteuergesetz Baden-Württemberg 2020 neu geregelt wurde. Kern ist unter anderem die Neubewertung der Grundstücke. Dies wird bei gleichbleibenden Grundsteuerhebesätzen der Kommunen teilweise zur Verdopplung oder Verdreifachung der Steuerbelastung für Unternehmen führen. Besonders belastet sind Unternehmen in ohnehin schon vergleichsweise teuren Innenstadtlagen. Hingegen wurde von der Politik mehrfach zugesichert, dass daran kein Interesse bestünde und die Aufkommensneutralität beachtet würde. Dementsprechend müssten die Kommunen ihre Hebesätze deutlich senken. Dies geschieht zwar teilweise schon, bei weitem aber nicht ausreichend.

Forderungen

1. **Keine Erhöhung der Gewerbesteuer und Senkung der Grundsteuerhebesätze:** Die IHK Südlicher Oberrhein lehnt jede Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze ab. Auch die anstehende Reform der Grundsteuer darf nicht als Vorwand für versteckte Steuererhöhungen genutzt werden. Wir appellieren daher an die Kommunen, die Hebesätze deutlich anzupassen und die Aufkommensneutralität umzusetzen.
2. **Abweisung neuer Bagatellsteuern und kommunaler Gebühren:** Die Einführung neuer Bagatellsteuern wie Verpackungs- und Bettensteuern sowie zusätzliche Gebühren und Abgaben auf kommunaler Ebene wird entschieden abgelehnt.
3. **Reduzierung der Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen:** Die IHK setzt sich für eine deutliche Reduzierung der Steuerbelastung der Unternehmen am Standort ein, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Investitionen zu fördern.

Innenstädte

Attraktive Zentren – wirtschaftlich stark, nachhaltig und mit hoher Aufenthaltsqualität

Innenstädte sind Orte der Begegnung, des Arbeitens und des Lebens. Lebendig werden sie durch das Zusammenspiel vieler Akteure: Verwaltung, Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie, Beherbergung, Handwerk, Kultur und Bildung, Sportstätten, Kirchen, Vereine, Gesundheitseinrichtungen und Betreuung. Und auch die Bürger:innen selbst mit ihrem ehrenamtlichen Engagement zählen zu den Säulen der Zentren. Das macht die Innenstadt seit Jahrhunderten zum Herz einer Kommune – und damit zu einem gemeinsamen Kulturgut.

Dabei stehen die Innenstädte vor großen Herausforderungen. Die Anzahl an Betrieben nimmt ab, Leerstände werden offensichtlicher, die Verkehrswende sorgt für Einschränkungen in der Erreichbarkeit. Zudem müssen Lösungen für Klimaanpassung der Innenstädte gefunden und das Management der Zentren muss immer professioneller werden. In Anbetracht dieser Veränderungen sollte es das gemeinsame Ziel sein, unsere Innenstädte weiterzuentwickeln. Die IHK tritt für eine positive und aktive wirtschaftliche Entwicklung unserer Innenstädte ein.

Forderungen

1. **Innenstadt gemeinsam entwickeln:** Da Innenstädte als gewachsene Standortgemeinschaften nur im Zusammenspiel aller Akteure und Angebote gut funktionieren können, müssen sie professionell gemanagt werden. Die lokal beauftragten Einheiten müssen personell und finanziell entsprechend ausgestattet sein. Aktives Flächenmanagement ist zukünftig eine der zentralen und strukturell zu verankernden Aufgaben. Nötige Nutzungsänderungen leerstehender Flächen sollten pragmatisch und unbürokratisch im Dialog mit den Eigentümern der Immobilien möglich werden.
2. **Innenstadt auch als Wohnort neu denken:** Unsere Innenstädte werden immer multifunktionaler. Wirtschaften, Arbeiten, Erleben und Wohnen müssen nebeneinander funktionieren. Der Ausbau des innerstädtischen Wohnungsangebotes hat in Zeiten knappen Wohnraums oberste Priorität, wobei barrierefreies Wohnen für eine alternde Gesellschaft mit kurzen Wegen zu allen Angeboten in Innenstadtlagen besonders nachgefragt wird. Dadurch drohen aber zusätzliche Interessenkonflikte. Diese lassen sich abmildern, wenn Innenstädte und Ortskernlagen zukünftig noch stärker in Funktionsbereichen gedacht und geplant werden.
3. **Erlebnis- und Begegnungsorte schaffen und stärken:** Der Innenstadtraum braucht eine hohe Aufenthaltsqualität. Orte des Verweilens ergänzen sinnvoll den kommerziell nutzbaren öffentlichen Raum. Sondernutzungs- oder Gestaltungssatzungen definieren die Nutzung und auch die Optik des öffentlichen Raumes. Diese Nutzung – egal ob als Verkaufsraum, als Außengastronomie oder als Veranstaltungsort – muss einfach, unbürokratisch und pragmatisch gewährleistet sein. Die Kommunalpolitik sollte dieser Tendenz folgen durch angemessene Budgets und personelle Ausstattung.
4. **Kommunale Einzelhandelskonzepte schützen die Innenstadt:** Eine positive Innenstadtentwicklung lässt sich unter anderem durch eine innenstadtschützende Ansiedlungspolitik begünstigen. Diese Lenkung kann durch eine gesamtstädtische Ausarbeitung und regelmäßige Aktualisierung von, bzw. durch kommunale Einzelhandelskonzepte realisiert werden. Eine verbindliche Übernahme der Einzelhandelskonzepte in die Bebauungspläne ist im Hinblick auf die Planungs- und Investitionssicherheit von Unternehmen sinnvoll.
5. **Erreichbarkeit der Innenstädte nachhaltig sicherstellen:** Um Innenstädte und Ortskernlagen als wirtschaftliche Standorte zu erhalten und zu beleben, sollten Maßnahmen zur Verkehrswende und notwendige Baumaßnahmen sorgfältig abgewogen, im Dialog mit der Wirtschaft umgesetzt und mit einem verbindlichen Zeit- und Maßnahmenplan versehen und aufeinander abgestimmt werden.

Fläche

Kooperationen und zukunftsfähige Modelle zur Flächennutzung

Damit Unternehmen am Standort erfolgreich sein können, müssen die Rahmenbedingungen vor Ort optimal sein. Neben der Verkehrsinfrastruktur, dem ÖPNV-Angebot, den Glasfaser- und Mobilfunkanschlüssen sowie den Energienetzen hängt die wirtschaftliche Entwicklung von Kommunen maßgeblich vom verfügbaren Flächenangebot ab. Die Attraktivität bestehender Gewerbegebiete sowie das neu zu entwickelnde Flächenangebot sind hierbei entscheidende Faktoren. Günstige Rahmenbedingungen beeinflussen nicht nur Ansiedlungsentscheidungen und Investitionsvorhaben positiv, sondern erhöhen auch die Attraktivität einer Region als Arbeits- und Lebensraum, wovon letztlich auch die Kommunen profitieren. Ein effizientes und zukunftsgerichtetes Wachstum sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit Fläche als Gemeinschaftsaufgabe sind daher unabdingbar.

Forderungen

1. **Sicherstellen ausreichender Gewerbeflächen:** Eine zukunftsorientierte Flächenplanung gelingt nur, wenn ausreichend Flächen bereitgestellt werden, die schnell nutzbar gemacht werden können. Die Entwicklung von Gewerbeflächen sollte den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechen und realistisch umsetzbar sein, da Flächen maßgeblich das Potenzial für wirtschaftliches Wachstum darstellen.
2. **Nutzung von Kooperationen zur Schaffung attraktiver Gewerbeflächenangebote:** Eine aktive und strategische gemeinsame Entwicklung von Gewerbeflächen auf kommunaler und regionaler Ebene bietet erhebliche Vorteile. Interkommunale Gewerbegebiete ermöglichen zudem die Bildung regionaler Schwerpunkte sowie großflächiger Entwicklungsmöglichkeiten.
3. **Schutz bestehender Gewerbebestandsflächen und Vermeidung von Nutzungskonflikten:** Vorhandene Gewerbeflächen sollten weiterhin durch klare Trennungsregelungen und Schutzmaßnahmen vor konkurrierenden bzw. empfindlicheren Nutzungen geschützt werden – auch vor der zunehmenden Wohnbebauung in gemischten oder städtischen Gebieten.
4. **Entwicklung nachhaltiger Gewerbegebiete für zukünftige Anforderungen:** Die Transformation von Gewerbegebieten wird durch verschiedene Faktoren und Megatrends, einschließlich strengerer Umwelt- und Klimaschutzvorgaben, vorangetrieben. Kommunen und Unternehmen sollten gemeinsam Strategien und Maßnahmen entwickeln, um die Resilienz zu stärken und Gewerbegebiete energie- wie auch flächeneffizient weiterzuentwickeln. Dies erfordert eine Rückbesinnung auf die Wertschätzung unternehmerischen Handelns in Politik, Verwaltung und Gesellschaft.

Wohnen

Wohnraum für Auszubildende, Fach- und Arbeitskräfte schaffen

Der Wohnungsmarkt in der Region ist seit Jahren angespannt und zu einer zentralen Herausforderung geworden. Der anhaltende Wohnungsmangel beeinträchtigt dabei nicht nur die Lebensqualität der Bevölkerung, sondern hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Fachkräftegewinnung. Unternehmen haben Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeitende zu finden und zu halten, wenn diesen keine bezahlbaren Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dies wiederum kann die Attraktivität, wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft der Region beeinträchtigen.

Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass Gemeinden im ländlichen Raum der Region immer noch vorrangig reine Einfamilienhausgebiete mit käuflichen Eigenheimen ausweisen. Dies zeigt sich daran, dass hier die Wohnbaufläche am stärksten zugenommen hat, obwohl die Bevölkerung am wenigsten angestiegen ist. Gerade solche Wohngebiete verbrauchen besonders viel Fläche pro Person. Das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ mit i.d.R. dichter Wohnformen (Mehrparteienhäusern, Geschosswohnungsbau und Mietwohnungen) wird so meist nur am Rande berücksichtigt. Kleinere Wohnungen werden dabei häufig mit hohen Stellplatzanforderungen belegt, sodass ein Anreiz fehlt, solche Wohnungen zu realisieren.

Von den steigenden Mieten sind Auszubildende besonders betroffen, da ihre Vergütung meist nicht für einen eigenen Haushalt reicht. Das Problem verschärft sich durch die Konkurrenz von Personen im gleichen Marktsegment. Eine IHK-Umfrage hat 2022 ergeben, dass rund ein Viertel der Betriebe bereits Auslandsrekrutierung im Bereich der Ausbildung durchführt oder konkret plant und daher zusätzlichen Wohnraum benötigt. Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende ist deshalb ein veritabler Standortfaktor für unsere Wirtschaftsregion.

Forderungen

1. **Umdenken in ländlichen Gemeinden:** Um die Unternehmen langfristig in der Fläche halten zu können, sind flächeneffizientere Wohnformen dringend von Nöten. Die Bauleitplanungen der Gemeinden müssen dies künftig deutlich mehr berücksichtigen. Den Gemeinden stehen viele kommunale Instrumente zur Verfügung, welche dies wirksam unterstützen, wie bspw. der Einsatz von Bauverpflichtungen, Vorkaufsrecht und Erbbaurecht. Sie müssen weit mehr zum Einsatz kommen.
2. **Berücksichtigung von preisgünstigerem Wohnungsbau:** Die Gebietskörperschaften am südlichen Oberrhein sollten verstärkt in den sozialen Wohnungsbau investieren. Durch gezielte Inanspruchnahme von Förderprogrammen und Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften kann der Bestand an bezahlbarem Wohnraum ausgebaut werden – hier stehen den Kommunen ausreichende Instrumente zur Verfügung.
3. **Aktive Bodenpolitik und Flächennutzungsplanung:** Eine vorausschauende Flächennutzungsplanung und eine aktive Bodenpolitik der Kommunen sind entscheidend, um ausreichend Bauland für Wohnzwecke zu sichern und Spekulationen entgegenzuwirken. Dies sollte auch die Umnutzung geeigneter Brachflächen und die Innenentwicklung bzw. Nachverdichtung bestehender Quartiere umfassen.
4. **Nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilitätskonzepte:** Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik sollte Wohnen, Arbeiten und Mobilität miteinander verknüpfen. Die Förderung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten und die Verbesserung des ÖPNV tragen zur Attraktivität von Wohnquartieren bei.
5. **Regional abgestimmte Wohnraum-Strategie für Auszubildende:** Aktuell werden einzelne Kommunen aktiv und unternehmen konkrete Schritte zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende. Das ist richtig und wichtig. Woran es fehlt, ist jedoch eine regional abgestimmte Strategie und das klare Bekenntnis zum konsequenten Ausbau von Internatsplätzen an den Beruflichen Schulen.

Verkehrsinfrastruktur

Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur fördern

Eine gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort. In vielen Bereichen ist die Infrastruktur in unserer Region auf einem hohen Niveau. Allerdings gilt es, bestehende Engpässe und Lücken in der Infrastruktur durch Aus- und Neubau möglichst rasch zu beseitigen. Angesichts der Herausforderungen durch das Bevölkerungswachstum in der Region sowie den Klimawandel ist es entscheidend, die Verkehrssysteme zu modernisieren und auf zukunftsfähige Lösungen auszurichten, um auch weiterhin ein wettbewerbsfähiger Standort zu bleiben.

An Bedeutung gewinnt zudem der kosteneffiziente Ausbau der Infrastruktur im ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, um die Attraktivität und Verfügbarkeit umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu erhöhen. Die enge Zusammenarbeit der regionalen Akteure und die Schaffung von Mobilitätspartnerschaften spielen eine zentrale Rolle, um diese Ziele nachhaltig umzusetzen und die Mobilitätsangebote in der Region zu verbessern.

Forderungen

1. Modernisierung und Ausbau der Straßeninfrastruktur:

Eine gezielte Modernisierung und Erweiterung der Straßeninfrastruktur ist notwendig, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, Verkehrsengpässe zu reduzieren und die Erreichbarkeit von Gewerbegebieten sowie Wohngebieten zu verbessern.

Regionale Beispiele sind:

- Ausbau der Autobahn A5 auf 6 Fahrspuren, prioritär zwischen Freiburg und Offenburg, bei Zunahme der Verkehrsstärken in Zukunft auch zwischen Freiburg und Basel. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass der Ausbau von A5 und Rheintalbahn entsprechend effizient koordiniert wird, um unnötige Doppelbelastungen von Anliegern zu vermeiden.
- Ausbau der B 31 entsprechend ihrer überregionalen verkehrlichen Funktion (B 31-West, Stadttunnel, Verbreiterung auf 4 Fahrspuren, Falkensteigtunnel und Hirschsprungtunnel, Gauchachtalbrücke)
- Ausbau der B 33 entsprechend ihrer überregionalen verkehrlichen Funktion (Autobahnabfahrt Offenburg-Süd mit Anschluss an die B 33, Ausbau auf 3-4 Fahrspuren im gesamten Verlauf, Ortsumfahrung Haslach, Ortsumfahrung Gutach)

Die IHK Südlicher Oberrhein unterstützt nachdrücklich die Realisierung des Stadttunnels in Freiburg. Dieses Infrastrukturprojekt des vordringlichen Bedarfs ist entscheidend, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern. Regionale Gremien wie Gemeinderäte, Kreistage und die Regionalversammlung sollten sich klar und einstimmig für den Bau des Tunnels positionieren, um ein starkes Signal an das Bundesverkehrsministerium zu senden und die Umsetzung dieses wichtigen Vorhabens zu unterstützen.

2. Ausbau der Schieneninfrastruktur: Der Ausbau und die Modernisierung der Schieneninfrastruktur sind zentral, um eine nachhaltige Alternative zum Straßenverkehr zu bieten. Dies umfasst den Ausbau von Kapazitäten, die Elektrifizierung von Strecken sowie die Verbesserung der Anbindung an überregionale Verkehrsnetze, auch grenzüberschreitend.

Regionale Beispiele sind:

- Der Ausbau der Rheintalbahn auf vier Gleise Ausbau der Strecke Straßburg – Appenweier entsprechend der Anforderungen des Personen- und Güterverkehrs

3. **Ausbau einer nachhaltigen Logistikinfrastruktur:** Der gezielte Ausbau und die Modernisierung der Logistikinfrastruktur sind entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung und die Effizienz der überregionalen Lieferketten am südlichen Oberrhein.
- Bereitstellung von Flächen für Logistiksiedlungen und LKW-Parkplätzen an den zentralen Verkehrsachsen
 - Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe in der Fläche ausbauen
 - Ausbau der Netzinfrastuktur frühzeitig in den Blick nehmen und auf die zukünftig zu erwartende Nachfrage ausrichten
 - Prüfung des Baus eines Güterverkehrszentrums in Lahr
4. **Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV):** Investitionen in den Ausbau des ÖPNV sind unerlässlich, um die Verkehrsdichte zu reduzieren und umweltfreundliche Mobilitätslösungen zu fördern. Dies beinhaltet den Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen sowie die Schaffung attraktiver Tarifsysteme. Insbesondere die ÖPNV-Anbindung der Gewerbegebiete in der Region sollte für die vielen tausend Pendler:innen verbessert werden, etwa durch direkte Busverbindungen aus dem Umlandgemeinden. Die Ausgestaltung der Vergabeverfahren für den ÖPNV sollte dabei mittelstandsfreundlich gestaltet und für regionale Unternehmen zugänglich sein.
5. **Förderung von Fahrrad- und Fußverkehr:** Die Förderung von Fahrradwegen und Fußgängerzonen trägt zur Reduktion von Verkehrsstaus und Luftverschmutzung bei. Das Netz sicherer Radwege und fußgängerfreundlicher Infrastrukturen sollte weiter ausgebaut werden. Um den Pendlerverkehr zu verlagern, bieten vor allem auch Radschnellwege ein hohes Potenzial.
- Der Radschnellweg Freiburg – Emmendingen / Freiburg – Waldkirch („Freiburger Y“) sollte daher zügig umgesetzt werden. Langfristig ist das Ziel zu verfolgen, in Nord-Süd-Richtung einen durchgehenden Radschnellweg von Achern bis Müllheim zu schaffen, sowie kreuzende Radschnellwege mit Verbindungen nach Frankreich und in den Schwarzwald.
6. **Bürokratiearme Umsetzung des Mobilitätspasses:** Der geplante Mobilitätspass bietet Städten und Landkreisen eine neue Möglichkeit, Einnahmen zum Ausbau des ÖPNV zu generieren. Durch die Zahlung einer Abgabe wird ein „Mobilitätsguthaben“ erworben, das für den Kauf von ÖPNV-Tickets genutzt werden kann. Aus Sicht der IHK sollte der Mobilitätspass ausschließlich über das Modell des Einwohnerbetrags eingeführt werden. Dieses Modell nutzt bereits vorhandene Daten des Einwohnermeldeamtes und senkt dadurch den bürokratischen Aufwand erheblich.
7. **Berücksichtigung der Grenzlage der Region:** Bei der Planung und Umsetzung verkehrlicher Maßnahmen müssen die spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Grenzregion berücksichtigt werden, um eine effektive und nachhaltige Mobilitätsentwicklung zu gewährleisten. Ansatzpunkte für eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Verkehrs sind dabei insbesondere:
- Reaktivierung der Bahnverbindung zwischen Freiburg und Colmar
 - Prüfung des Baus von zusätzlichen Straßenbrücken über den Rhein zwischen Deutschland und Frankreich insbesondere hinsichtlich der regelmäßigen Sanierungen bestehender Brückenbauwerke
 - Harmonisierung des zulässigen Gesamtgewichts bei grenzüberschreitendem Straßengüterverkehr

Digitale Infrastruktur

Digitale Transformation vorantreiben

Für unsere Region ist auch die digitale Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Sie ist entscheidend, um die Potenziale für Wachstum, Beschäftigung und Wohnen in der Region, insbesondere im ländlichen Raum, voll auszuschöpfen. Eine leistungsfähige und zeitgemäße Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur ist daher unerlässlich, um die digitale Transformation in der Region voranzutreiben und Unternehmen sowie private Haushalte gleichermaßen zu unterstützen.

Forderungen

1. **Priorisierung der Anbindung von Gewerbe- und Industriegebieten:** Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur am südlichen Oberrhein muss vorrangig die Anforderungen der Gewerbe- und Industriegebiete berücksichtigen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen.
2. **Beschleunigung des Netzausbaus:** Angesichts der schnellen Digitalisierung müssen der Netzausbau und die Verlegung von Glasfasernetzen deutlich beschleunigt werden, um den steigenden Bedarf an Bandbreite zu decken und zukünftige Technologien wie 5G-Mobilfunkmasten zu unterstützen.
3. **Flächendeckende Verfügbarkeit von 4G und Vorbereitung auf 5G:** Eine umfassende Versorgung mit dem schnellen 5G-Netz erfordert zunächst die flächendeckende Verfügbarkeit von 4G. Es ist entscheidend, die Planung und den Bau von Mobilfunkmasten zu erleichtern und zu beschleunigen, um die Infrastruktur für zukünftige Anforderungen bereitzustellen.
4. **Vereinfachte Genehmigungsverfahren für Antennenstandorte:** Die Einführung vereinfachter und beschleunigter Genehmigungsverfahren für den Aufbau von Antennenstandorten ist notwendig, um den Ausbau des Mobilfunknetzes zu fördern und Engpässe in der Netzabdeckung zu beseitigen.
5. **Identifizierung und Unterstützung unterversorgter Gebiete:** Es ist wichtig, Gebiete zu identifizieren und gezielt zu unterstützen, die nicht durch marktwirtschaftliche Initiativen erschlossen werden können, um eine gleichmäßige und umfassende digitale Versorgung sicherzustellen.



Energie und Klimaschutz



Energieversorgung

Infrastruktur für eine bezahlbare Energiewende schaffen

Um den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden und gleichzeitig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten, bedarf es eines regionalen Ausbaus der Strom-Verteilnetze sowie einer intelligenten Steuerung der bundesweiten Übertragungsnetze. Insbesondere aufgrund der Grenzlage benötigt die Region Strategien zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und zum Ausgleich der Volatilität erneuerbarer Energien durch den Ausbau von Speicherlösungen.

Forderungen

1. **Intensivierung des Netzausbaus:** Es ist dringend erforderlich, die Strom-Verteilnetze regional zu erweitern und die bundesweiten Übertragungsnetze intelligent zu steuern, um eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten.
2. **Aufbau von Wasserstoffinfrastruktur:** Die Errichtung von Wasserstoffleitungen auf Fernleitungs- und Verteilnetzebene sowie die Umwidmung von Gasleitungen sind notwendige Investitionen für eine erfolgreiche regionale Energiewende und zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts.
3. **Förderung des Markthochlaufs von Wasserstoff:** Angesichts des wachsenden Wasserstoffbedarfs in Industrie und Verkehr ist eine regionale Intensivierung des Markthochlaufs mit Erzeugungs- und Distributionskapazitäten erforderlich, solange eine ausreichende Importmöglichkeit über Pipelines fehlt.
4. **Ausweitung erneuerbarer Energien:** Der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere durch Wind- und Wasserkraftanlagen, Freiflächen-PV, Agri-PV und Power-to-X-Anlagen, Biomasse sowie die Nutzung von Geothermie am Oberrhein, muss beschleunigt werden, um die regionale Grundlastsicherung zu gewährleisten und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.
5. **Transparente Kommunikation und Beteiligung von:** Die Politik vor Ort muss Informationsbarrieren abbauen, für Akzeptanz beim Ausbau der Energieinfrastruktur werben und die zukünftigen Preisentwicklungen transparent darstellen. Dialogkonzepte mit Beteiligung aller Interessengruppen sind hierfür entscheidend.

Klimaschutz

Frühzeitig in präventiven Klimaschutz investieren

Klimaschutz und die damit einhergehende ökologische Transformation sind für die regionale Wirtschaft aktueller denn je. Spätestens durch die politischen Bestrebungen, Europa mit allem Nachdruck zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, durch die sich daraus ableitenden nationalen Vorgaben sowie durch den kontinuierlichen Preisanstieg fossiler Energieträger muss sich jedes Unternehmen individuell mit dem Klimawandel und den sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten auseinandersetzen. Hinzu kommen wachsende Anforderungen aus den jeweiligen Wertschöpfungsketten sowie die sich ändernden Kundenanforderungen, die Transparenz und nachhaltiges Wirtschaften immer mehr in den Vordergrund rücken. Die Transformation der Wirtschaft hat also längst begonnen.

Es ist von entscheidender volkswirtschaftlicher Bedeutung, frühzeitig in präventive Maßnahmen zum Klimaschutz zu investieren, anstatt später die Schäden zu bekämpfen. Der südliche Oberrhein sieht sich bereits heute mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert. Zunehmende Starkregenereignisse und Gewässerhochwasser verursachen erhebliche finanzielle und bauliche Schäden. Die Notwendigkeit eines verstärkten Hochwasserschutzes wird daher immer dringlicher, um die betroffenen Unternehmen und Infrastrukturen zu schützen und deren Resilienz gegenüber klimabedingten Risiken zu erhöhen.

Forderungen

1. **Stärkung des Hochwasserschutzes:** Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Starkregen und Hochwasser ist ein weiterer Ausbau des kommunalen Hochwasserschutzes unerlässlich. Dies umfasst die Implementierung eines kommunalen Starkregenrisikomanagementsystems und die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für präventive Maßnahmen.
2. **Vermeidung klimapolitischer Ad-hoc-Maßnahmen:** Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten, sollten klimapolitische Maßnahmen – sei es europäisch oder kommunal – gut geplant und langfristig ausgerichtet sein, ohne kurzfristige Ad-hoc-Eingriffe, die Unternehmen benachteiligen könnten.
3. **Integration von Klimaschutz in gesamtgesellschaftliche Ziele:** Klimaschutzmaßnahmen müssen mit anderen gesellschaftlichen Zielen wie dem Erhalt von Arbeitsplätzen, der regionalen Wertschöpfung und sozialem Ausgleich abgewogen werden. Eine ausgewogene Politikgestaltung, die diese Aspekte berücksichtigt, ist von zentraler Bedeutung – auch auf kommunaler Ebene.
4. **Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung:** Die Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung durch Innovationen wie intelligente Verkehrssteuerung, Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Stärkung der Wahlmöglichkeiten bei Transportmitteln und ökologisches Grünflächenmanagement sind essenziell für langfristige Perspektiven im urbanen Lebens- und Wirtschaftsraum.



Fachkräfte



Duale Ausbildung

Berufsorientierung an Schulen ausbauen und vereinheitlichen

Die Aktivitäten, Angebote und Projekte zur beruflichen Orientierung von Schülerinnen und Schülern wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Insbesondere bietet das in Baden-Württemberg 2017 eingeführte Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ einen Rahmen zur strukturierten Begleitung im Berufswahlprozess. Auch die Bundesagentur für Arbeit hat ihr Engagement in diesem Bereich deutlich ausgeweitet. Woran es insgesamt fehlt, ist eine stärkere Strukturierung der Aktivitäten und deren stärkere Fokussierung auf den Übergang von der Schule in den Beruf. Schulische Angebote sind trotz einheitlicher Vorgaben im Bildungsplan noch immer wenig standardisiert. Im Ergebnis hängt es bis heute stark von der jeweiligen Schule bzw. einzelnen Lehrkräften ab, wie intensiv Berufsorientierung stattfindet und wie diese gestaltet wird.

Forderungen

- Berufsorientierung aller Schularten sollte noch mehr entlang definierter Standards stattfinden und insgesamt stärker auf den konkreten Übergang von der Schule in die Arbeitswelt fokussieren. Hierzu sollte ein Schwerpunkt auf die praktische Berufsorientierung gelegt werden, die einen lebensnahen Einblick in Berufsfelder, Unternehmen und Branchen ermöglicht. Die Unternehmen leisten hierzu bereits heute ihren Beitrag, indem sie Praktika aller Art anbieten und ihre Türen für Schulklassen, Betriebserkundungen etc. öffnen. Umgekehrt sollte mehr als bisher die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich Betriebe mit ihrem Ausbildungsangebot direkt an den Schulen präsentieren können.

Betriebliche Ausbildung stärken und Schulen mit Betrieben vernetzen

Die betriebliche Ausbildung ist seit Jahrzehnten das Erfolgsmodell des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Sie schafft verlässliche Zukunftschancen für junge Menschen und sorgt gleichzeitig für hervorragend qualifizierte Fachkräfte in den Unternehmen. Die attraktiven Möglichkeiten der Weiterbildung sowie die Durchlässigkeit für Ausbildungsabsolventen:innen in Richtung Studium zeigen darüber hinaus, dass eine Ausbildung keine Einbahnstraße ist.

Laut IHK Fachkräftemonitor Baden-Württemberg fehlen am südlichen Oberrhein aktuell mindestens 7.000 Fachkräfte, darunter 5.000 berufliche Qualifizierte und 2.000 Akademiker:innen. Gleichzeitig besteht statistisch im Bereich der Niedrigqualifizierten ein Bewerberüberhang von rund 10.000. Der Mangel an Auszubildenden hat neben demographischen insbesondere auch gesellschafts- und bildungspolitische Ursachen. Hierzu gehören beispielsweise der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung sowie der massive Ausbau vollzeitschulischer Bildungsangebote, die teilweise ihren Ursprung in einer Zeit des Lehrstellenmangels haben, aber nie zurückgefahren wurden. Der Trend zum Gymnasium und mithin zum Studium hält auch deshalb an. Das Image der dualen Ausbildung leidet. Gleichzeitig beklagen Ausbildungsbetriebe immer häufiger eine fehlende Ausbildungsreife von Bewerber:innen. Daher bedarf es einer Offensive für die berufliche Bildung.

Forderungen

1. Gut ausgestattete und baulich moderne berufliche Schulen
2. Ein für die Nachwuchsgewinnung attraktives Berufsbild „Berufsschullehramt“
3. Flächendeckende und verbindliche Aktivitäten an den Gymnasien zur Berufsorientierung (ergänzend zur Studienorientierung) entsprechend dem Bildungsplan
4. Eine verbesserte Ausbildungsreife und die Unterstützung der allgemeinbildenden Schulen bei dieser Aufgabe
5. Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung
6. Unterstützung der Ausbildungsbetriebe im Umgang mit dem Bewerbermangel und mit nicht ausbildungsreifen Auszubildenden

Berufliche Schulen zukunftsfest aufstellen

Bedingt durch rückläufige Schülerzahlen in manchen Berufsfeldern und politisch von der Zielsetzung geprägt, knappe Lehrerressourcen effizient einsetzen zu wollen, läuft in Baden-Württemberg seit 2015 der Prozess der sogenannten „Regionale Schulentwicklung“. Kern des Prozesses ist ein durch die Regierungspräsidien moderierter Dialog der Stadt- und Landkreise, die sich in ihrer Rolle als Träger der Berufsschulen über die eventuelle Zusammenlegung oder Verlagerung von Bildungsgängen verständigen sollen. Getrieben wird dieser Prozess durch die Vorgabe, dass Schulklassen, die drei Jahre hintereinander (Teilzeitbereich) bzw. zwei Jahre hintereinander (Vollzeitbereich) die Mindestschülerzahl von 16 unterschreiten, automatisch geschlossen werden. Die IHK hat hierbei im Einzelfall ein Vetorecht, das jedoch nur aufschiebende Wirkung hat.

Das Verfahren ist also vom Grundsatz her darauf angelegt, ein ungesteuertes Wegfallen von Bildungsangeboten zu vermeiden und eine aus Sicht der Gesamtregion sinnvolle Struktur (Bildung von Kompetenzzentren) zu schaffen. Im Ergebnis kam es aber bisher nicht zu einer zukunftsfesten und sinnvollen Struktur der beruflichen Bildungsangebote, sondern lediglich zu Ad-hoc-Abstimmungen bei Unterschreiten der Mindestschülerzahl in einzelnen Klassen. Einerseits mangelt es mitunter am Willen einzelner Schulträger, das Thema gesamthaft zu betrachten. Andererseits hat das Regierungspräsidium, das am ehesten eine regionale Sichtweise einnehmen kann, lediglich eine moderierende Rolle und kann im Zweifel regional sinnvolle Veränderungen nicht durchsetzen.

Insgesamt ist unsere Region, was Internate anbetrifft, vergleichsweise schlecht aufgestellt und kommt deshalb selten als Standort für überregionale Fachklassen in Frage. Dies birgt die Gefahr einer schleichenden Erosion des beruflichen Bildungsangebots.

Forderungen

1. **Personell, baulich und technisch gut ausgestattete Berufsschulen:** Die Berufsschulen sind heute mehr denn je ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Es muss deshalb gewährleistet sein, dass im ländlichen Raum ein Grundangebot sowohl kaufmännischer als auch gewerblich-technischer Berufsbildung erhalten bleibt. Dies ist gerade für die Heranführung an eine Ausbildung wichtig, etwa bei Schülern ohne Schulabschluss oder mit Migrationshintergrund. Bei spezielleren und investitionsträchtigen Bildungsangeboten muss jedoch gerade im Hinblick auf die Lehrerversorgung der Grundsatz „Qualität vor Nähe“ gelten.
2. **Umsetzung einer regionalen und abgestimmten Strategie:** Die zuständigen Akteure sollten gemeinsam einen regional-strategischen Blick auf das Thema Schulentwicklung und nicht allein eigene Belange oder die Belange einzelner Schulen im Blick haben. Dies beinhaltet auch den konsequenten und koordinierten Ausbau von Internatsplätzen, um Blockbeschulung sinnvoll durchführen und überregionale Fachklassen auch in unserer Wirtschaftsregion ansiedeln zu können.

Arbeitsmarktpolitik

Weibliche Fachkräfte integrieren durch Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Arbeits- und Fachkräfteengpässe sind ein Wachstumsrisiko auch für die regionale Wirtschaft. Alle Potenziale müssen genutzt werden, um diesen entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang gilt es, das Erwerbspotenzial von Frauen, die sogenannte stille Reserve, stärker zu heben. Frauen, die noch nicht oder in geringem Umfang in Teilzeit arbeiten, stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren und in vollzeitnahe Beschäftigung zu bringen, ist ein Ziel. Hier gilt es, die passenden Rahmenbedingungen auch von kommunalpolitischer Seite zu setzen. Gute Strukturen zur Vereinbarkeit Familie/Pflege und Beruf sind Voraussetzung für längere Arbeitszeiten bei den Beschäftigten.

Forderungen

1. **Mit Quantität in der Kinderbetreuung die Vereinbarkeit sichern:** Trotz des umfangreichen Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur fehlen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, im Kindergartenalter, im Grundschulalter sowie in den ersten Jahren auf weiterführenden Schulen. Diese Angebote müssen flächendeckend, auch in ländlichen Gemeinden, umfangreicher zur Verfügung gestellt werden. Die Öffnungszeiten müssen so gestaltet und entsprechend flexibel sein, dass auch Randzeiten abgedeckt werden. Auch die Betreuung während der Ferien und andere Schließzeiten in den Einrichtungen sind eine Herausforderung für Familien. Zudem sind die hohen Kosten der Kinderbetreuung ein zunehmendes Problem. Die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten sollte ausgeweitet werden. Auch für Grundschulkinder sollte diese eingeführt werden.
2. **Vereinbarkeit bei Pflege und Beruf in den Fokus rücken:** Betriebe sind darauf angewiesen, dass die Mitarbeitenden gute Möglichkeiten finden, um die private Herausforderung der Pflege von Angehörigen zu meistern. Neben der Unterstützung durch die Unternehmen selbst, bedarf es einer gut ausgebauten Pflegeinfrastruktur. Es bedarf einer ausreichenden Zahl an Plätzen in der Tages- wie auch in der stationären Pflege. Hier besteht extremer politischer Handlungsbedarf, gerade auch vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderungen, die auf uns zukommen. Kosten bei den Pflegenden/Mitarbeitenden sollten auch hier durch den Arbeitgeber über einen steuerfreien Pflegezuschuss aufgefangen werden können.
3. **Diversität/Vielfalt fördern – Politik und Wirtschaft Hand in Hand:** Zur zukünftigen Fachkräftesicherung müssen alle Potenziale genutzt werden. Damit gewinnt das Thema Vielfalt in der Arbeitswelt an Relevanz. Hier müssen Wirtschaft und Politik Hand in Hand vorgehen, um die Gesellschaft weiter bei diesem Thema zu sensibilisieren. Auch die Bedeutung der gleichberechtigten Aufteilung von „Care“-Aufgaben in den Familien bedarf einer stetig fortgeführten gemeinsamen Anstrengung.

Potenziale An- und Ungelernter heben

An- und ungelernte Beschäftigte und Arbeitsuchende ohne verwertbare Berufsqualifikation stellen vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Arbeits- und Fachkräftemangels eine wichtige Zielgruppe am Arbeitsmarkt dar. Gelingt es, diese zu qualifizieren, kann dies ein signifikanter Beitrag zur Schließung der Fachkräftelücke sein. Die Agenturen für Arbeit verfügen über ein attraktives Förderinstrumentarium, um diesen Personenkreis zu qualifizieren. Die IHK wiederum kann über die Validierung von Kompetenzen oder die Zertifizierung von Teilqualifikationen niederschwellige Qualifizierungsmodelle fördern und Personen auf diese Weise auch in kleineren Schritten in Richtung Berufsabschluss begleiten. Aufgrund der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur gelingt es bisher jedoch zu selten, entsprechende Gruppen bzw. Bedarfe zusammenzuführen und damit den Grundstein für ein Projekt zu legen. Im Ergebnis gehen der Region nicht nur Fachkräftepotenziale, sondern auch Fördermittel verloren, die für Unternehmen eine willkommene Hilfe bei der Bewältigung des Fachkräftemangels darstellen könnten.

Forderungen

Die Qualifizierung An- und Ungelernter sollte im Rahmen einer konzertierten Aktion der regionalen Arbeitsmarkttakteure forciert werden. Neben Kammern und Agenturen für Arbeit werben auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften für diese Möglichkeit und ermuntern Unternehmen und Beschäftigte, sich daran zu beteiligen.

Fachkräftezuwanderung aktiv gestalten

Die Fachkräfteakquise aus dem Ausland ist für Unternehmen ein erheblicher bürokratischer Aufwand. Dasselbe gilt für Fachkräfte, die sich aus dem Ausland bemühen, eine Arbeit in Deutschland aufnehmen zu können. Die Ursachen hierfür sind sowohl rechtlicher als auch struktureller Art. Einerseits ist das Zuwanderungsrecht zu komplex und damit aufwändig zu administrieren. Andererseits ist in den meisten Fällen das Zusammenwirken verschiedener Stellen (Botschaft, Ausländerbehörde(n), Bundesagentur für Arbeit, Anerkennungsstellen etc.) notwendig. Mangelnde Digitalisierung der Prozesse, nicht vorhandene IT-Schnittstellen zwischen den Behörden und häufig unzureichende Personalausstattung tragen gemeinsam dazu bei, dass Verfahren häufig unzumutbar lange dauern. Gleichzeitig gelingt es noch unzureichend, Geflüchtete in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Hinblick auf den bereits bestehenden Fach- und Arbeitskräftemangel sowie die demographischen Herausforderungen der kommenden Jahre ist dies ein gravierendes Problem. Bereits heute wäre der regionale Arbeitsmarkt noch mehr unter Druck, gäbe es keine Migration. Aktuell haben am südlichen Oberrhein mehr als 20 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten eine ausländische Staatsbürgerschaft. Dies gilt auch für 19,1 Prozent der Auszubildenden in IHK-Berufen. In manchen Branchen liegt diese Quote inzwischen bei fast 50 Prozent.

Eine gelingende Fachkräftezuwanderung und -integration wird entscheidend sein für die Zukunft unserer Region. Im Bewusstsein dessen muss dem Thema auf der politischen Agenda höchste Priorität eingeräumt werden.

Forderungen

1. **Vereinfachtes Zuwanderungsrecht:** Das Zuwanderungsrecht muss drastisch vereinfacht und weiter liberalisiert werden. Bis dahin müssen im bestehenden Recht die Abläufe und Schnittstellen so weit verbessert und digitalisiert werden, dass keine unzumutbaren Verfahrensdauern entstehen.
2. **Ausländerbehörden als Standortfaktor:** Die Bedeutung der regionalen Ausländerbehörden als Standortfaktor muss politisch erkannt werden. Entsprechend gut müssen sie personell und infrastrukturell ausgestattet werden.
3. **Landesweite Ausländerbehörde:** Für das sogenannte „beschleunigte Fachkräftezuwanderungsverfahren“ sollte eine landesweite Ausländerbehörde geschaffen werden und allein zuständig sein.
4. **Standortmarketing:** Das Standortmarketing muss zum Zweck der Anwerbung ausländischer Fachkräfte weiter ausgebaut werden.
5. **Bezahlbarer Wohnraum:** Dieser ist gerade für ausländische Fachkräfte und Auszubildende ein Schlüsselfaktor. Das Thema muss auch deswegen forciert werden.



Grenzüberschreitende Zusammenarbeit



Verflechtung leben

Deutsch-französische Wirtschaftsachse stärken und Hürden abbauen

Europas Grenzregionen sind für die nachbarschaftlichen bilateralen Beziehungen wie auch für die Europapolitik der Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung. Der deutsch-französischen Grenzregion kommt dabei als einer der am stärksten integrierten grenzüberschreitenden Regionen Europas und wichtigem Schauplatz des europäischen Einigungsprozesses eine besondere Rolle zu: Sie steht als Labor für Errungenschaften, Chancen und Defizite der europäischen Einigung unter besonderer Beobachtung.

Der 2019 unterzeichnete Vertrag von Aachen erkennt diese besondere Bedeutung der Grenzregionen an. Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs verpflichten sich darin, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu vertiefen, indem die Gebietskörperschaften in den Grenzregionen mit „angemessenen Kompetenzen, zweckgerichteten Mitteln und beschleunigten Verfahren“ ausgestattet werden. Dort, wo deutsche und französische Interessen schon heute eng verflochten sind, soll in den kommenden Jahren ein innovatives Experimentierfeld für Europas Zukunft entstehen. Dabei erwarten viele Bürger:innen – nicht zuletzt mit Blick auf die Erfahrungen zu Beginn der Pandemie – eine Vertiefung der Zusammenarbeit, z. B. im Gesundheitsbereich, sowie eine Verbesserung bestehender Infrastrukturen.

Die Region am südlichen Oberrhein, gelegen im Dreiländereck zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz, zeichnet sich durch ihre einzigartige grenzüberschreitende Dynamik aus. Allerdings steht hier die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor vielfältigen Herausforderungen und bietet gleichzeitig enorme Chancen für die Zukunft eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes:

Forderungen

1. Stärkung der Grenzregion

Die IHK Südlicher Oberrhein fordert im Hinblick auf den Aachener Vertrag die Politik auf:

- die Auswirkungen auf Grenzregionen bei der Vorbereitung neuer Gesetze und Regelungen zu berücksichtigen
- die Kooperation zwischen deutschen und französischen Behörden auf allen Ebenen zur Beseitigung grenzüberschreitender Hindernisse zu intensivieren
- grenzüberschreitende Gremien sowie den Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken
- auf beiden Seiten die Mehrsprachigkeit zu fördern

2. Entsendung von Mitarbeitenden:

Der große bürokratische Aufwand bei der Entsendung von Beschäftigten führt dazu, dass viele deutsche Unternehmen in Betracht ziehen, ihr Frankreich-Engagement zu reduzieren oder gar einzustellen. Dieser Rückzug hätte dramatische Folgen für die deutsch-französische Grenzregion und finanzielle Auswirkungen auf die vielen im Frankreich-Geschäft aktiven kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die starken wirtschaftlichen Verflechtungen in der Grenzregion zeigen zudem, dass die Reduzierung oder die Einstellung der Frankreich-Tätigkeit durch deutsche Unternehmen auch die französischen Betriebe trifft, da viele französische Unternehmen auf Produkte und Dienstleistungen deutscher Unternehmen angewiesen sind.

3. Erleichterungen beim grenzüberschreitenden Wirtschaften: Um das Zusammenwachsen des gemeinsamen Wirtschaftsraumes zu fördern und nachhaltig zu stärken, sollten die notwendigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um das grenzüberschreitende Wirtschaften zu erleichtern.

4. Reduzierung von bürokratischen Hürden: Ein Verzicht auf die Meldepflicht bei kurzfristigen und kurzzeitigen Einsätzen sowie die Reduzierung der einzureichenden Dokumente würden erhebliche Erleichterungen für die entsendenden Unternehmen bedeuten.

Arbeitsmarkt im Dreiländereck dynamisieren

Der deutsch-französisch-schweizerische Arbeitsmarkt am Oberrhein mit seinen 100.000 Grenzgängerinnen und Grenzgängern ist durch starke grenzüberschreitende Verflechtungen geprägt. Hier besteht in allen Branchen und Berufen auf allen Qualifikationsniveaus ein Arbeitskräftemangel, der sich voraussichtlich weiter verschärfen wird. Die Lösungsansätze sind vielfältig und streifen Themen wie die Unternehmenskultur, innovative Arbeitsmodelle, internationale Rekrutierung und die stärkere Ausbildungsförderung. Gleichzeitig bestehen vielfältige Hindernisse wie zum Beispiel die schwierige Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen oder auch die Thematik von Homeoffice und Doppelbesteuerung.

Gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren aus Politik und Wirtschaft möchte die IHK Südlicher Oberrhein die bestehenden Stärken weiter ausbauen und die vorhandenen Entwicklungspotenziale fördern, um das Oberrheingebiet im europäischen und internationalen Wettbewerb noch besser zu positionieren.

Forderungen

1. Abbau von rechtlichen und bürokratischen Hindernissen für Grenzgänger, z. B. bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen, Sozialversicherungen und Steuern
2. Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur und der öffentlichen Verkehrsmittel, um die Mobilität der Grenzgänger zu erleichtern
3. Harmonisierung von Regelungen wie Umweltplaketten für Fahrzeuge zwischen Deutschland und Frankreich
4. Förderung der grenzüberschreitenden Ausbildung
5. Stärkere Unterstützung grenzüberschreitender Ausbildungsprogramme, um den Fachkräftebedarf in der Grenzregion zu decken
6. Abbau bürokratischer Hürden für Auszubildende, die eine grenzüberschreitende Ausbildung absolvieren möchten.

Die Grenzregion muss stärker als ganzheitlicher Wirtschaftsraum erfasst werden. Des Weiteren muss die grenzüberschreitende Kooperation vor allem in denjenigen Branchen gezielt gefördert werden, die zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregion als Ganzes beitragen. Durch Programme zur Förderung der Zweisprachigkeit sowie gezielte Informationsveranstaltungen und Werbekampagnen zum französischen Arbeitsmarkt in grenznahen deutschen Schulen könnten bei jungen Schulabgängerinnen und -abgängern frühzeitig ein Interesse für den Arbeitsmarkt im Nachbarland geweckt sowie Informationslücken behoben und Vorurteile abgeschwächt werden.

IHK Südlicher Oberrhein

Schnewlinstraße 11-13
79098 Freiburg

☎ 0761 3858-0

✉ info@freiburg.ihk.de

🌐 www.ihk.de/freiburg

